

GLOBAL



VIEW

Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen
und des Akademischen Forums für Außenpolitik

1 | 2008

3 EURO



**Kosovo
Europas 47. Staat**

GLOBAL VIEW is grateful for the support of:

The Lilly logo is written in a red, cursive script font. The word "Lilly" is written in a fluid, handwritten style with a slight upward curve at the end of the word.

Liebe Leserin! Lieber Leser!



Der Kosovo hat sich am 17. Februar 2008 für unabhängig erklärt. Der Konflikt um die ehemalige serbische Teilprovinz ist deshalb aber noch lange nicht gelöst. Die serbische Regierung hat nach der Anerkennung des Kosovos durch den Großteil der Staatengemeinschaft aus dem einen oder anderen Land seine Botschafter abgezogen. Mitte März kam nach Ausschreitungen im Nordkosovo ein UNO-Polizist ums Leben. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon rief in einem Statement alle Konfliktparteien zum Einstellen der Gewalthandlungen auf.

In Nepal wurde Ende 2007 die Monarchie abgeschafft. Das Land befand sich fast 15 Jahre im Bürgerkrieg. 2001 wurde fast die gesamte Königsfamilie durch den Sohn von König Birendra ermordet. Nach Birendras Tod übernahm dessen Bruder Gyanendra den Thron. Ab 2006 begann sich schließlich eine Wende abzuzeichnen. Für April 2008 sind nun die ersten Wahlen angesetzt.

Das illegale Fischen in europäischen Gewässern hat sich zu einem Milliardengeschäft entwickelt und zählt mittlerweile zu einem lukrativen organisierten Verbrechen. Dies macht es der Europäischen Union nicht leicht, ein System für nachhaltige Fischerei durchzusetzen. Nur mit internationaler und europäi-

scher Zusammenarbeit kann das möglich sein. Ein Bericht des EU Kommissars für Fischerei, Joe Borg, zeigt mögliche Lösungswege auf.

Das österreichische Friedensprojekt Mirno More bietet Jugendlichen aus den Randbereichen der Gesellschaft die Möglichkeit, Vorurteile über Bord zu werfen und Freundschaften quer über ethnische und soziale Grenzen zu schließen. Mirno More ist der Gruß der Seefahrer Dalmatiens. Tatsächlich handelt es sich bei dem Projekt um eine Friedensflotte. Seit 1994 segelt diese einmal pro Jahr durch die Inselwelt Dalmatiens.

Der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ernannte den österreichischen Botschafter Thomas Stelzer unlängst zum UN Assistant Secretary General. In den vergangenen Jahren war Botschafter Stelzer maßgeblich am Aufbau Wiens als weltweites Zentrum zur Terrorismusprävention beteiligt. In seiner neuen Funktion ist er für Policy Co-ordination und Inter-Agency Affairs zuständig und wird das UNO Chief Executive Board (CEB) koordinieren.

Irene B. Stöckl, MA
Chefredakteurin

Impressum Herausgeber: Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Chefredakteurin:** Irene B. Stöckl, MA ■ **Stefanie Felsberger; Mag. (FH) Claudia Feurle; Mag. Hadmar V. Hölzl; Daniel Jokesch; Mag. Nadja Kwapil; Mag. Andrea Lehner; Julia Pass; Elisabeth Prammer; Petra Schiefer; Mag. Căcilia S. Smekal; Martina Staudigl** ■ **Illustration:** Daniel Jokesch ■ **Layout:** Irene B. Stöckl, MA ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion oder Autor; Titelbild: UN Photo/Olivier Salgado ■ **Druck:** Friedrich VDV Linz

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz **Herausgeber:** Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein(ZVR: 330335717)/ Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und des Akademischen Forums für Außenpolitik und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.

Autoren



Mag. **ROBERT K. ALBRECHT** studierte Geschichte sowie Politikwissenschaft an der Universität Wien. Derzeit betreibt er das Doktoratsstudium Politikwissenschaft an der Universität Wien. Im Akademischen Forum für Außenpolitik hat er die Aufgaben des Generalsekretärs der VIMUN 2008 übernommen.



BM a.D. Dr. **FRIEDHELM FRISCHENSCHLAGER** war von 1983 - 1986 Bundesminister für Landesverteidigung und von 1996 - 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments. Zwischen 2001 und 2003 leitete er als Direktor das Department Democratisation der OSCE Mission in Kosovo. Seit 2004 ist er im Vorstand von Radio Television Kosovo (RTK) und seit 2007 Präsident der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreichs (EFB).



IRINA J. BEIKERT studiert Theater-, Film- und Medienwissenschaft sowie Geschichte an der Universität Wien. Sie war Generalsekretärin der VIMUN 2006 und ist Vizepräsidentin des Akademischen Forums für Außenpolitik.



Mag. **HADMAR V. HÖLZL** studierte Politikwissenschaft und Publizistik an der Universität Wien. Seine Schwerpunkte sind die Europäische Union und die Südosteuropaforschung. Er ist seit 2006 aktives Mitglied des Akademischen Forums für Außenpolitik und beruflich in der Kommunikationsbranche tätig. Er ist Mitglied des GLOBAL VIEW Redaktionsteams.



Dr. **JOE BORG** prior to taking up the post of Member of the European Commission with responsibility for Fisheries and Maritime Affairs, he served as Foreign Minister of Malta, leading negotiations for Malta's accession to the European Union.



Mag. **NADJA KWAPIL** studierte Jus an der Universität Wien und schreibt zur Zeit an ihrer Dissertation über Europarecht. Sie ist Mitglied des GLOBAL VIEW Redaktionsteams.



STEFANIE FELSBERGER ist derzeit Studentin an der Universität Wien und belegt die Fächer Politikwissenschaft, Arabistik und Hebräisch. Sie ist Mitglied des GLOBAL VIEW Redaktionsteams.



JULIA PASS studiert Germanistik/Französisch und Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie ist von Literatur begeistert und schreibt selbst sehr gerne. Sie ist Mitglied des GLOBAL VIEW Redaktionsteams.



Mag. (FH) **KLAUDIA FEURLE** studierte Internationale Wirtschaft und Management an der Fachhochschule Kufstein. Derzeit studiert sie Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie ist Mitglied des GLOBAL VIEW Redaktionsteams.



Mag. **CĂCILIA S. SMEKAL** hat Politikwissenschaft studiert. Zur Zeit ist sie als Monitoring Mitarbeiterin beim ORF tätig. Zusätzlich arbeitet sie als Lektorin für die Medienbeobachtung. Sie ist Mitglied des GLOBAL VIEW Redaktionsteams.

Inhalt

UN Photo/Afrim Hajrullahu



Über Jahre fieberte alles der Unabhängigkeit des Kosovo entgegen, jetzt ist es soweit. Wie kann es weitergehen? Artikel S. 08

http://europa.eu



Europe's fight for sustainable fisheries. Public concern about the state of the world's ocean has never been higher. Article p.16



Der österreichische UNO-Botschafter Thomas Stelzer wurde von Ban Ki-moon zum Assistant Secretary General ernannt. Artikel S. 24

06 UNO/International

06	Irene B. Stöckl, MA	UN Ticker
08	Dr. Friedh. Frischenschlager	Unabhängigkeit Kosovo
10	Stefanie Felsberger	UN Global Compact
12	Julia Pass	Ende der Monarchie in Nepal
14	Mag. Nadja Kwapil	Gefährdete Sprachen

16 Europa

16	Dr. Joe Borg	Pirate Fishing
18	Mag. (FH) Klaudia Feurle	Besteuerung von Finanztransaktionen
20	Mag. Hadmar V. Hölzl	Europäische Integration

22 Österreich

22	Christian Winkler	Friedensprojekt Mirno More
24	BMeiA	UN-Assistant Secretary General
25	Mag. Cäcilia S. Smekal	Kolumne

26 Kultur/Gesellschaft

26	Irina J. Beikert	UNO goes Hollywood
27	Mag. Cäcilia S. Smekal	Kulturhauptstadt 08 Liverpool

28 AFA

28	Mag. Robert K. Albrecht	Nur ein Spiel?
30	Irina J. Beikert	UNO schnuppern
31	Irene B. Stöckl, MA	People



UN Ticker ... Jänner - März 2008

Kai Eide aus Norwegen neuer UN-Gesandter für Afghanistan ... Start neuer UN-geführter Verhandlungen für Westsahara ... Fo



UN Vienna Focus

Vienna Forum to Fight Trafficking

Von 13. - 15. Februar fand in Wien eine der größten Konferenzen gegen den Menschenhandel statt. 1.400 Teilnehmer aus den verschiedensten Bereichen diskutierten über Maßnahmen zur Bekämpfung dieses schwerwiegenden Verbrechens. "Dieses Forum ist erst der Beginn. Es ist Zeit aktiv zu werden", sagte Antonio Maria Costa, Direktor der UN Organisation zur Drogen- und Verbrechensbekämpfung.

Commission on Narcotic Drugs (CND)

Die 51. Versammlung der CND, von 10. - 14. März, wurde unter anderem der 10-Jahres Evaluierung der Sondersitzung der UN-Generalversammlung zum Thema Drogen gewidmet. Weitere Themen waren Kooperation der Justiz der Mitgliedstaaten, synthetische Drogen, Drogenvorläufersubstanzen und Geldwäsche. Alle Delegierten waren sich einig, dass zur Lösung des weltweiten Drogenproblems noch viel getan werden müsste. Die mit NGOs gegründete Plattform "Beyond 2008" wird als Evaluationsinstrument dienen.

Im Juli 2008 wird als Resultat eine Konferenz in Wien stattfinden.



Ban Ki-moon während seines Besuchs in Kenia am 1. Februar 2008. Gemeinsam mit Kofi Annan versucht er zwischen den Parteien zu vermitteln.

Nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen im Dezember 2007 waren in Kenia Unruhen ausgebrochen, bei denen über 800 Menschen getötet und mehr als 250.000 vertrieben wurden. Präsident Mwai Kibaki wurde Wahlbetrug vorgeworfen.

Anfang Februar besuchte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Rahmen seines Afrikabesuchs das kriegengeschüttelte Land. Dort traf er mit seinem Vorgänger Kofi Annan zusammen. Dieser unterrichtete ihn über die Fortschritte der Friedensverhandlungen.



Arbour ist seit Juli 2004 die Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen.

abgesegnet werden. Ihrem Nachfolger riet sie, dass sich dieser trotz globalen politischen Drucks für die Menschenrechte stark machen sollte. Die 1947 in Montreal geborene Kanadierin wurde 1996 vom UN-Sicherheitsrat zur Hauptanklägerin des Internationale Criminal Tribunal für Ex-Jugoslawien und Ruanda ernannt. Nach ihrem Rückzug will sie sich wieder mehr ihrer Familie und ihren drei Kindern widmen.

Freitag 7. März 2008

Arbour tritt ab

Mit Ende Juni 2008 wird Louise Arbour als UN Hochkommissarin für Menschenrechte zurück treten. Dies bestätigte die 61-jährige Kanadierin während einer Pressekonferenz bei der 7. Tagung des Menschenrechtsrats.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ist für die Bestellung des neuen Hochkommissars zuständig. Sein Vorschlag muss von der UN-Generalversammlung



George Clooney wird am 31. Jänner 2008 zum UN Messenger for Peace ernannt. Der berühmte Schauspieler soll das Bewusstsein über friedenserhaltende Maßnahmen der UNO steigern.



Am 18. Februar 2008 diskutiert der UNO Sicherheitsrat die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Die ehemalige Teilprovinz Serbiens hatte sich am 17. Februar 2008 für unabhängig erklärt.

all Photos: UN Photo



UN Police und die UN Mission in Osttimor sind den nationalen Behörden bei der Festnahme der Rebellen behilflich.

Die von Australien angeführte UN-Truppe ist seit Mitte 2006 in der Hauptstadt stationiert. Am 26. Februar 2008 wurde das Mandat der Friedenstruppe durch den UN-Sicherheitsrat um weitere zwölf Monate verlängert. Zur Zeit befindet sich eine 1.748 starke Polizeitruppe, die von 438 zivilen und 933 nationalen Mitarbeitern sowie von 134 UN-Freiwilligen (UN-Volunteers) unterstützt wird, im Land.



Generalversammlungspräsident Kerim empfängt den kubanischen Außenminister Felipe Perez Roque.

Entwicklungshilfe, Klimawandel und Millenniumentwicklungsziele gesprochen. Srgjan Kerim dankte Kuba für seine Bemühungen, das zur Zeit den Vorsitz der Non-aligned Movement (NAM) Staaten hat.

Am 24. Februar 2008 übernahm Raúl Castro das Amt des Staats- und Ministerpräsidenten von seinem Bruder Fidel Castro, der das Land seit der Revolution im Jahr 1959 regierte.

Am 25. Februar 2008 wird während der Eröffnung der UN-Frauenstatuskommission die UN-Kampagne gegen Gewalt an Frauen durch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ins Leben gerufen.



Montag, 11. Februar 2008

Präsident Jose Ramos-Horta bei Attentat schwer verletzt

Um 7.00 Uhr früh wurde der osttimoresische Präsident Jose Ramos-Horta von Rebellen vor seinem Haus außerhalb der Hauptstadt Dili niedergeschossen. Nur 90 Minuten später konnte Premierminister Xanana Gusmao einem Attentat entkommen. In den darauffolgenden 48 Stunden wurde in Osttimor der Ausnahmezustand ausgerufen und auf den Straßen von Dili patroullierten lokale und internationale Sicherheitskräfte.

Donnerstag, 28. Februar 2008

Kuba unterzeichnet Menschenrechtsdokumente

Generalversammlungspräsident Kerim begrüßte Kubas Unterzeichnung der International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR) und der International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESCR). Bei einem Treffen zwischen dem Außenminister Kubas Felipe Perez Roque und UNGA Präsident Srgjan Kerim wurde auch über wichtige Themen wie Finanzierung von

Zubin Mehta dirigiert ein Konzert anlässlich des Internationalen Tags des Gedenkens an die Opfer des Holocausts am 28. Jänner 2008 im UNO Hauptquartier in New York.



UN Country Focus

Friedensvertrag Tschad/Sudan

Am 13. März unterzeichneten der sudanesischer Präsident Omar Hassan al-Bashir und Idriss Deby, Präsident des Tschad, im Beisein von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, einen Friedensvertrag. Die vorangegangenen Verhandlungen fanden hinter verschlossenen Türen zwischen den Konfliktparteien, den Vermittlern und Ban Ki-moon, während der Organization of the Islamic Conference (OIC) in Dakar, Senegal, statt. Der neu geschlossene Frieden steht allerdings unter keinem guten Stern, da die Rebellengruppen den Vertrag bereits abgelehnt haben.



UN Secretary General Corner

"No country, however powerful, should escape scrutiny of its record, commitments and actions on human rights. The Review must reaffirm that just as human rights are universal, so is our collective respect for them and our commitment to them"

Ban Ki-moon während der Eröffnungsrede der 7. ordentlichen Sitzung des Menschenrechtsrats



Der 47. Staat Europas ist geboren

Durch Jahre fieberte alles der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo entgegen, jetzt ist es soweit - aber die erhoffte Entspannung will sich nicht einstellen, im Gegenteil: Botschaften in Belgrad, Grenzposten des jungen Staates brennen. Wie kann es weitergehen?

Text Friedhelm Frischenschlager

Halten wir zunächst einige unangenehme Fakten fest: Jeder Versuch, den Kosovo auch mit noch so großzügiger Autonomie wieder serbischer Hoheit zu unterstellen, hätte in eine noch schwerere Dauerkrise gemündet. Insoweit steht die Trennung von Serbien tatsächlich ohne Alternative da.

Aber auch die Hoffnung auf ein Einlenken Serbiens war ab ovo unrealistisch, spätestens seit Russland 2006 jeden Zweifel an der vollen Unterstützung Serbiens in der Kosovo-Frage zerstreute. Auch für die Leimrute beschleunigter EU-Zutritt war es nun zu spät.

Ebenso illusorisch ist die Erwartung, die Unabhängigkeitserklärung würde im serbisch besiedelten Kosovo-Norden Effektivität entfalten. Auch die EU-Mission wird sich im Norden ebenso wenig durchsetzen können wie die UN-Verwaltung gegenüber den dortigen serbischen Autoritäten bisher. Die mühselig im Norden aufgebaute Kosovo-Polizei aus großteils Serben scheint sich sofort dem Einfluss von "Pristina" zu entziehen. Selbst für NATO/KFOR wird die Kontrolle der Grenze zu Serbien eine extrem heikle Angelegenheit.

Der faktische Verbleib des Nordens bei Serbien wird also höchst gefährlicher Reibepunkt zwischen Pristina, der EU und Serbien. Den Vorwurf des Außerachtlassens der Problematik des Kosovo-Nordens kann man weder UNO noch der NATO und auch nicht der

EU ersparen, eine Schwäche selbst des sonst weitsichtigen Ahtissaari-Planes.

Was tun unter diesen Umständen?

Zu allererst muss die Illusion aufgegeben werden, Belgrad würde schon einlenken oder gar Kosovos Unabhängigkeit anerkennen. Im Gegenteil, der Konflikt wird im Zuge des wachsenden Gegensatzes USA/EU - Russland noch größere globale Dimension erhalten. Vor allem die EU muss sich auf einen langen, extrem belastenden Krisenherd einstellen.

Höchste Priorität kommt der Gewaltprävention zu: Selbst kriminelle Einzelaktionen können Gewalteskalationen auslösen, siehe die Exzesse gegen K-Serben im März 2004. Wenigstens in diesem Punkt müsste - nach den Ausschreitungen in Belgrad - Konsens mit Serbien zu erreichen sein. Eine sehr robuste Mission von KFOR und internationaler Polizei ist unabdingbar. Das Abfackeln von Grenzposten durch Serben im Norden lässt aber Zweifel an deren Ankündigung vor der Unabhängigkeitserklärung aufkommen, sie hätten alles im Griff.

Bisher wurde in Serbien nie offen debattiert, was eine Wiedereingliederung des Kosovo für Serbien bedeutete: 2 Millionen politisch nicht integrationswillige Albaner und untragbare wirtschaftliche, soziale, sicherheitspoli-

tische Bürden. Diese Debatte könnte den jetzt im nationalen Hochgefühl verdrängten Realitätssinn wieder herstellen.

Wenn schon Dauerkonflikt, dann gilt es die fatalen Auswirkungen auf das Leben der Menschen möglichst gering zu halten. Geschlossene Grenzen, Kosovo interne Sperrlinien, wirtschaftliche "Sanktionen" wären Dauergaranten für explosive Stimmungen, nicht zuletzt, da beiderseits solcher Demarkationslinien Minderheiten der jeweils anderen Seite leben, an denen sich "Vergeltung" leicht umsetzen ließe, besonders an den Serben in den Enklaven. Eine stille Diplomatie sollte auf eine Normalisierung der Lebensverhältnisse, möglichst offene Grenzen in der Region hinzuwirken. Einen Ansatz böte die Idee von Wolfgang Ischinger anlässlich der "last minute"-Vermittlungsversuche 2007: Ähnlich wie beide Deutschlands zu Zeiten des Kalten Krieges versuchten, auch ohne völkerrechtliche Anerkennung über Vereinbarungen menschlichere Zustände herzustellen, könnten entsprechende Bemühungen zwischen Kosovo und Serbien erfolgreich sein.

Kostspielige, aber unabdingbare EU-Aufgabe wird die Behebung der katastrophalen Wirtschafts- und Sozialverhältnisse werden - die Haupthindernisse für Normalisierung zwischen den Ethnien und Rückkehr der Flüchtlinge. Die derzeitigen Schwerpunkte der EU-



Der Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit. Aber sind dadurch die Probleme der ehemals serbischen Provinz gelöst?

Mission, Exekutive und Rechtsstaatlichkeit, bleiben sonst ebenfalls aussichtslos. Ähnliches gilt für einen zusätzlichen Schwerpunkt Bildung: Noch so viel Polizei, Justiz können die Kriminalität in einer Gesellschaft mit 50% Unter-25-Jährigen, 60 - 70% Arbeitslosigkeit und miserabler Bildungssituation nicht hintanhalten. Eine umfassende, ebenfalls kostspielige EU-Bildungsmission wäre die Zukunftsinvestition im Kosovo - und die EU täte sich damit selber etwas Gutes: Unter den gegebenen demografischen Umständen bleibt Emigration aus dem Kosovo unvermeidbar. Gut Gebildete erleichtern Integration und sorgen für qualifizierte Arbeitskräfte, die Europa ja dringend benötigt. Ein Paradigmenwechsel Belgrads hinsichtlich der Kosovo-Serben ist notwendig: Bisher versteifte sich Belgrad fast ausschließlich auf das Ziel Hoheitserhalt über den Kosovo, bei nie näher ausgeführten Autonomieangeboten an die Kosovo-Albaner, wobei die Kosovo-Serben aber Belgrad unterstellt bleiben sollten.

Die Folge wäre ein de facto geteilter Kosovo mit irren internen Grenzen und Dauerkonflikten. Die UN-Vorschläge zur Sicherung des serbischen Elements im Kosovo über Verfassungsgarantien und deren Umsetzung unter UN- bzw. EU-Aufsicht - siehe Ahtissaari-Plan - blieben für Belgrad unbeachtlich. Nie wurde den K-Serben eine Integration in die Kosovo-Institutionen erlaubt, um so ihre Rechte selbst in die Hand nehmen zu können. Jetzt

drohen - bei einem "eingefrorenen Konflikt" - wegen Perspektivlosigkeit ein Versickern der Serben im Süden und nur minimale Rückkehr der Flüchtlinge, ein ethnisch "bereinigter" und geteilter Kosovo, mit Klöstern und Kirchen als museale Relikte ohne serbisches Leben. Noch besteht eine letzte Chance, dieses faktische "ethnic cleansing" zu stoppen, wenn Serbien das Ziel Verhindern der Unabhängigkeit aufgibt und sich voll dem Sichern der serbischen Mit-Identität des Kosovo, des serbischen Lebens und Rückkehr der Flüchtlinge widmet. Dann wäre auch der Verbleib der Serben im Norden in einem ungeteilten Kosovo sinnvoll, weil so die Serben eine nicht vernachlässigbare Stärke behalten. Dieser Paradigmenwechsel Belgrads scheint derzeit chancenlos, aber auf längere Sicht müsste das drohende Verschwinden des serbischen Elements im Süden - wo ja das kirchlich-kulturelle serbische Erbe liegt - einen Umstieg auf dieses nationale Interesse bewirken.

Ein Dialog unter den Serben über seine europäische Zukunft muss jetzt beginnen, vor allem über seine drohende europäische und regionale Isolation. Alle Nachbarn, ausgenommen Rumänien und Bosnien, werden den Kosovo früher oder später anerkennen - von ihnen allen will Belgrad die Botschafter abziehen? Diese Linie hätte für Serbien verheerende Folgen. Das stehen selbst die Nationalisten nicht lange durch. Aus dieser

selbst gestellten Falle muss Europa Serbien möglichst rasch heraushelfen, damit es nach Abflauen der nationalen Empörung zur EU-Perspektive zurückkehrt. Eine Serbien und Kosovo umfassende EU-Beitrittsstrategie könnte als Schlüssel zur Lösung des Kosovo-Konflikts und Überwindung der gegenseitigen Blockade dienen: In der EU nimmt die Bedeutung von Grenzen, nationaler Hoheit, Souveränität, ab. Ein Wiederfinden beider in der EU könnte daher als Gesicht wahrendes gemeinsames Ziel dienen. Diese Debatte mag zur Zeit ebenfalls fast aussichtslos erscheinen. Aber Serbien ist Teil Europas - und hoffentlich nicht Feind seiner eigenen Zukunft.

Die Selbständigkeit des Kosovo als Endpunkt des Zerfalls Jugoslawiens war unausweichlich und ist irreversibel. Niemand kann sagen wie lange die politischen Hypotheken daraus anhalten. Die Überwindung der Krise wird auf drei Einsichten aufbauen müssen:

- dass im Europa des 21. Jahrhunderts nationalstaatliche Grenzen auf strikt ethnischer Grundlage mehr Probleme schaffen als lösen.
- dass keine Region, keine Ethnie, ja kein traditioneller Staat ohne übernationalem politischen Lösungsrahmen auskommt, und so die politische Integration Europas unter Wahrung der ethnischen Identitäten ohne Alternative ist, wie auch die blutige jüngste Geschichte Südosteuropas beweist. <<

Unternehmen übernehmen Initiative

Im Rahmen des United Nations Global Compact wird erstmals der weltweite Versuch unternommen, unabhängig von nationaler Gesetzgebung Prinzipien der Nachhaltigkeit und Menschenrechte zu verbreiten. **Text** Stefanie Felsberger

Im Jahr 1999 rief Kofi Annan, der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, auf dem Weltwirtschaftsforum alle Unternehmen weltweit dazu auf, sich mit ihrer Rolle in einer globalisierten Welt auseinander zu setzen und einen Weg zu finden, ihren Beitrag zur Lösung der großen Probleme zu leisten. Dies führte am 26. Juli 2000 zu einem ersten Treffen von Großkonzernen, NGOs und Gewerkschaftsunternehmen unter dem Dach der Vereinten Nationen in New York. Dort einigte man sich auf die Gründung des Global Compact, einer weltweiten, freiwilligen Initiative. Die Unternehmen verpflichteten sich freiwillig im Rahmen ihrer Tätigkeit, neun Prinzipien einzuhalten, selbst wenn es in ihrem Arbeitsgebiet keine solchen Gesetze geben sollte. Diese Grundsätze beruhen auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung. Im Jahr 2004 kam von Unternehmerseite der Vorschlag, ein zehntes Prinzip hinzuzufügen, welches auf dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption basierte.

Die Idee dahinter

Das Ziel des Global Compact ist eine umfassende Umorientierung von Firmen auf nachhaltiges Wirtschaften. Unternehmen sollen über philanthropische Aktivitäten und das Einhalten von gesetzlichen Standards hinausgehen und so nicht nur eigene Risiken vermeiden, sondern auch erkennen, dass Arbeiten im Sinne der Nachhaltigkeit mehr Profit bringen kann. An dieser Stelle setzt auch die Arbeit des Global Compact an. Die Mitar-

beiter bieten den Unternehmen die Möglichkeit zu Wissens- und Erfahrungsaustausch in lokalen sowie globalen Netzwerken.

Die Teilnahme am Global Compact erfolgt durch einen Brief des Vorstandes eines Unternehmens an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, in dem dieser sich zu den zehn Prinzipien bekennt. Auf diese Weise wird garantiert, dass die Teilnahme von oberster Stelle angestrebt wird und Folgen für die Struktur des gesamten Unternehmens hat.

Die Art und Weise der Umsetzung bleibt den Unternehmen selbst überlassen, da der Global Compact weder genaue Vorschriften macht noch die Umsetzung anhand von Inspektionen überprüft. Die Unternehmen müssen dem Global Compact allerdings jedes Jahr einen Bericht vorlegen, in dem sie über den Fortschritt bei der Umsetzung der Grundsätze Auskunft geben. Wird dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, so wird das Unternehmen im Verzeichnis der teilnehmenden Betriebe auf der Homepage des Global Compact als "non-communicating" gekennzeichnet. Erfolgt nach einem weiteren Jahr kein Bericht, wird der Teilnehmer als "inactive" benannt. Der Global Compact streicht Teilnehmer auch aus der Liste, wenn er drei Jahre lang nicht mehr von diesem Mitglied über dessen Progression informiert worden ist. Seit der Gründung des Global Compacts war dies bei etwa 900 Unternehmen der Fall.

Die Praxis

Der Global Compact beruht auf Freiwilligkeit, da sonst kaum ein Unternehmen bereit wä-

re, sich der Initiative anzuschließen. Dies ist aber gleichzeitig auch der größte Kritikpunkt am Global Compact: Einerseits verpflichten sich die Unternehmen, die zehn Prinzipien umzusetzen, aber andererseits können keinerlei Sanktionsmaßnahmen getroffen werden, wenn die Verpflichtungen nicht eingehalten werden. Der Global Compact macht es in einem solchen Fall nur auf seiner Homepage öffentlich, wenn ein Unternehmen den Obligationen nicht nachkommt. Er hat aber keine Befugnis, Druck auf diesen Betrieb auszuüben. Diese Aufgabe wird allerdings von NGOs und Medien wahrgenommen, denn ihnen gelingt es bei großen Marken, oft starken öffentlichen Druck aufzubauen und so den Konzern zu zwingen, die Grundsätze des Global Compacts auch wirklich durchzusetzen. Die Gefahr eines so genannten "blue-wash", dass Unternehmen behaupten, ihre Arbeit sei von den Vereinten Nationen beurteilt und gutgeheißen worden, besteht weiterhin, obwohl der Global Compact alle Teilnehmer verpflichtet, die strikten Regeln für die Nutzung des Global Compact-Logos einzuhalten.

Dennoch stellt der United Nations Global Compact eine einmalige Initiative dar, die man nicht unterschätzen sollte, denn der Wunsch von Mitarbeitern und Kunden nach Produkten, die unter menschenwürdigen und nachhaltigen Produktionsverhältnissen entstanden, wird immer größer. Zudem findet der Global Compact auch bei Unternehmen aus Entwicklungsländern großen Zuspruch, da er von diesen nicht als Initiative des Nordens mit versteckten Handelsbarrieren, sondern als gemeinsames Projekt gesehen wird.

<<



**ENERGIE
ALLIANZ
AUSTRIA**

Energie fürs Leben

ENERGIEALLIANZ Austria GmbH = BEGAS Energievertrieb GmbH & Co KG + BEWAG Energievertrieb GmbH & Co KG + EVN Energievertrieb GmbH & Co KG + WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG + Naturkraft Energievertriebsgesellschaft + switch Energievertriebsgesellschaft

Die EnergieAllianz Austria liefert als führender Energiedienstleister in Mitteleuropa ihren Kunden **Energie fürs Leben** – sicher, jederzeit und zu verantwortungsvollen Preisen. Gemeinsam mit unseren regionalen Vertriebsgesellschaften sowie dem Ökostromlieferanten Naturkraft und dem Diskontanbieter switch versorgen wir mehr als 3,2 Millionen

Kundenanlagen im In- und Ausland mit Strom und Erdgas. Wir sind uns unserer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. In über 50 Serviceeinrichtungen unterstützen wir unsere Haushalts-, Geschäfts- und Industriekunden bei der Umsetzung der europaweiten Ziele, die Energieeffizienz zu steigern um so den Energieeinsatz zu senken.

Wollen Sie mehr über unsere Serviceeinrichtungen, Energieberatung oder Energieeffizienz-Tipps erfahren?
01/90410-0, office@energieallianz.at, www.energieallianz.at

Ende der nepalesischen Monarchie

Im Dezember 2007 ist in Nepal die Monarchie abgeschafft worden. Demokratische Wahlen sind für April 2008 angesetzt. **Text** Julia Pass

Der offizielle nepalesische Nationalfeiertag wurde bis dato am 7. Juli, dem Geburtstag des Königs Gyanendra, zelebriert. Nachdem die Monarchie im Dezember letzten Jahres jedoch abgeschafft worden ist, wird der Staat ab 2008 wohl anderntags gefeiert werden. Vielleicht an jenem Tag, an dem die Republik ausgerufen wird?

Verfassung 1990

Nach jahrzehntelanger Alleinherrschaft des Königs Birendra konnte sich dieser 1990 nicht mehr den Demokratiebestrebungen innerhalb des Landes entziehen. Er unterschrieb eine neue Verfassung, die auf Volkssouveränität basierte. Das Mehrparteiensystem wurde eingeführt und das absolutistische Königreich transformierte sich zu einem konstitutionell-monarchischen. Formal wurde die Demokratisierung des Staates jedoch nicht zur Genüge umgesetzt. Nach wie vor hatte der König mehr Macht inne, als sie einem repräsentativen Organ zustehen sollte. Die enttäuschenden Ergebnisse der Demokratiebestrebungen führten zu Unzufriedenheit, die einen jahrelangen Bürgerkrieg zur Folge hatte.

Nepalesischer Bürgerkrieg

Im Februar 1996 rief die kommunistische Partei Nepals, unter der Führung Pushp Ka-

mal Dahals, einen Volkskrieg aus. Erklärtes Ziel war es, die Monarchie abzuschaffen und eine kommunistische Herrschaft zu installieren. Pushp Kamal Dahal ist besser bekannt unter dem Namen Prachanda, was so viel heißt wie "der Kämpferische". Dieser Bedeutung wurde der Rebellenführer mehr als gerecht. Mit zahlreichen Untergrundkämpfern setzte er den Volkskrieg in die Tat um. Dieser äußerte sich in zahlreichen Angriffen und Kämpfen zwischen der maoistischen Volksbefreiungsarmee und der polizeilichen Gegengewalt. Der Guerillakrieg forderte während all der Jahre geschätzte 13.000 Menschenleben.

Neoabsolutismus

2001 kam es auch innerhalb des Königspalastes zu einem Massaker. Nach offiziellen Angaben wurden Birendra sowie einige Angehörige der königlichen Familie von dessen Sohn ermordet, bevor sich dieser selbst das Leben nahm. Nach Birendras Tod folgte ihm sein Bruder Gyanendra auf den Thron. Als die maoistischen Aufständischen während dieser ohnehin fragilen politischen Lage einen Waffenstillstand brachen, erließ dieser, durch die Geschehnisse des 11. September 2001 geprägt, eine Anti-Terrorismus-Verordnung. Über Nepal wurde der Notstand verhängt. Zahlreiche maoistische Anhängerinnen und Anhänger wurden inhaftiert, Grundrechte der

Zivilbevölkerung eingedämmt, Menschenrechte unaufhörlich verletzt. Der Weg zu einem erneuten Absolutismus war geebnet. 2005 erklärte sich Gyanendra schließlich zu einem absolutistischen Herrscher. Die Regierung wurde entlassen. Die Kampfbereitschaft gegen das diktatorische System bekam dadurch erneuten Auftrieb.

Beginn der Wende 2006

Im Jahr 2006 konnte erstmals auf eine Deeskalation des Konflikts gehofft werden. Prachanda lenkte insofern ein, als er eine kommunistische Herrschaft, als Ablöse der Monarchie, nicht mehr in den Vordergrund stellte. Seine zentrale Forderung blieb nunmehr, demokratische Wahlen zu installieren. Er kündigte an, dass er jedes daraus resultierende Ergebnis akzeptieren werde. Die Zivilbevölkerung war ebenfalls aktiv geworden. Zahlreiche Massenproteste trieben den König in die Enge. Schließlich erklärte er die Rückgabe der Macht an die demokratischen Parteien. Ende des Jahres wurde dann ein Friedensabkommen von Prachanda und Koirala unterzeichnet. Koirala ist Vorsitzender der sozialdemokratischen Kongresspartei, die im 2002 aufgelösten Parlament stimmenstärkste war. Bis zu den Wahlen fungiert er sowohl als Premierminister als auch als Staatsoberhaupt. Zentraler Kern-

punkt des Abkommens zwischen Koirala und Prachanda ist die Durchsetzung einer Änderung der Staatsform. Bis dato ist in Nepal eine provisorische Volksvertretung aus Parteien der Sechser-Allianz und Vertretern der Maoisten anzutreffen. Doch am 10. April dieses Jahres werden nunmehr demokratische Wahlen stattfinden - zumindest höchstwahrscheinlich. Immerhin sind bereits zwei Wahltermine, die noch ins Jahr 2007 gefallen wären, verschoben worden. Die Maoisten hatten die provisorische Regierung platzen lassen, weil ihre Forderung nach der sofortigen Abschaffung der Monarchie, nicht erfüllt worden war. Im Dezember 2007 hatten sich

die Abgeordneten des Parlaments schließlich mit überwältigender Mehrheit für die Einführung der Demokratie ausgesprochen. Erfolgreichen Wahlen sollte nichts mehr im Weg stehen.

UNMIN

Die United Nations Mission in Nepal befindet sich seit 2006 vor Ort. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mission beobachten und kontrollieren, ob der vereinbarte Waffenstillstand der Konfliktparteien eingehalten wird. Weiters helfen sie, die Wahlen mitzuplanen. Auch ein "Electoral Experts Monito-

ring Team" ist anwesend. Fünf unabhängige, vom UN-Generalsekretär berufene Personen, werden verifizieren, ob die lang ersehnten demokratischen Wahlen ihrem Namen gerecht werden. Voraussichtlich wird die UNMIN bis Juli 2008 anwesend sein, nachdem sie aufgrund der zweimaligen Wahlverschiebung ihren Aufenthalt verlängern musste.

<<

Bringt das Ende der Monarchie den Aufbruch in eine demokratische Zukunft?



Gefährdete Sprachen

Für 2008 wurde von der UNESCO das Internationale Jahr der Sprachen ausgerufen. **Text** Nadja Kwapil

Sprache ist mehr als ein schlichtes Kommunikationsmittel, sie ist Spiegel von Kultur und langjähriger Tradition. Das Verschwinden von vor allem kleineren Sprachen zerstört somit unmittelbare kulturelle Ausdrucksformen. Der Untergang einer Sprache bedeutet damit auch den unwiederbringlichen Verlust einer ganzen Geschichte.

Forschungen in der Sprachpsychologie ergaben, dass die Realität in jeder Sprache unterschiedlich wiedergegeben wird. Verfertigte man demnach eine Liste der Wörter, die in allen Sprachen existieren und wirklich den gleichen Sinn haben, so wird man feststellen, dass es höchstens 300 davon gibt. Dazu gehören beispielsweise: ich, du, wir, wer, was, nein, alles, eins, zwei, groß, lang, klein, Frau, Mann, essen, sehen, hören, Sonne, Mond, Stern, Wasser, Feuer, kalt, warm, weiß, schwarz, Nacht, Land. Sprache ist daher immer auch Transportmittel einer anderen Welt-sicht.

Die Konsequenzen

Die Konsequenzen des chronischen Aussterbens von Sprachen sind jedoch auch aus biologischen Gründen schwerwiegend: Die mittlerweile zu einem vermeintlich bewährten Ritual hochstilisierte Einsprachigkeit gefährdet nicht nur Sprachen an sich, sondern erwiesenermaßen auch unsere angeborene sprachliche Kreativität.

Damit sinken freilich sowohl das Interesse für das Ergreifen von Ursprachen als auch das erforderliche subtile Verständnis im Rahmen dieser Forschungstätigkeit.

Die Verbindungslinie zur Biologie manifestierte sich aber auch in parallel erfolgten Untersuchungen zur Artenvielfalt. Diese ergaben, dass die Gefahr, die der Artenvielfalt drohe, in gleicher Weise der Sprachenvielfalt drohe und diese somit untrennbar miteinander verknüpft sind; denn mehr als 80% der Länder mit hoher biologischer Vielfalt beherbergen auch die meisten Sprachen. Viele Pflanzen- und Tierarten sind somit nur gewissen Teilen der Bevölkerung bekannt. Stirbt ihre Sprache, so stirbt auch ein Teil der Umwelt.

6.700 Sprachen weltweit

In Europa werden nur etwa 3% der insgesamt 6.700 Sprachen auf der Erde gesprochen. Auf Neuguinea sind jedoch um die tausend verschiedene Sprachen beheimatet - ein Sechstel aller heute existierenden Sprachen. Nur gerade 20 Sprachen werden auf der Erde von Hunderten Millionen Menschen in mehreren Ländern geteilt.

Die Hälfte der heute lebenden Menschen benützen im Alltag nur neun verschiedene Sprachen: Chinesisch (1,2 Mia. Menschen), Englisch (478 Mio), Hindi (437 Mio.), Spanisch (392 Mio.), Russisch (284 Mio.), Arabisch (225 Mio.), Portugiesisch (184 Mio.), Französisch und Deutsch (je 125 Mio.), als die meist verbreitetsten Sprachen.

Im Schrifttum wird unter dem Begriff allgemein eine Sprache verstanden, deren Sprecher bereits ausgestorben sind oder sich an eine andere Sprache assimiliert haben und somit nicht mehr an nachfolgende Genera-

tionen weitergegeben wird. Die Überlebensschwelle für eine Sprache liegt bei rund 100.000 aktiven Benutzern.

Im Red Book of Endangered Languages/ Europe der UNESCO findet sich allerdings eine weitaus spezifischere Unterscheidung, die gefährdete von ausgestorbenen Sprachen trennt und diese beiden Kategorien wiederum in Untergruppen gliedert. Innerhalb der ausgestorbenen Sprachen gibt es demnach 13 (nicht antike) "ausgestorbene" und neun "fast ausgestorbene" Sprachen, innerhalb der Kategorie gefährdeter Sprachen finden sich 26 "stark gefährdete", 38 "gefährdete", zehn "potenziell gefährdete" und 40 "nicht gefährdete" Sprachen.

Die Problematik des Aussterbens seltener Sprachen ist mittlerweile vermehrt Gegenstand zahlreicher Konferenzen und Symposien und wird auch dieser Tage wieder mehrfach aufgegriffen.

So erklärte die UN-Generalversammlung am 16. Mai 2007 das Jahr 2008 zum internationalen Jahr der Sprachen mit dem Ziel, Sprachenvielfalt zu erhalten und zu fördern. Die UNESCO ist die ausführende UN-Organisation für dieses Jahr. Offizieller Start des Jahres war der Internationale Tag der Muttersprache am 21. Februar 2008. Auf der UNESCO Homepage können Initiativen ihre Projekte und Aktivitäten in ein Projektformular eintragen und diese werden anschließend in einer Datenbank gespeichert. <<

Languages matter!
لغات شأن !
Языки важны!
¡Los idiomas sí que cuentan!
Les langues, ça compte !
语言至关重要 !

2008



2008 - International Year of Languages

2008 - Année internationale des langues

2008 - Año Internacional de los Idiomas

2008 - Международный год языков

2008 - السنة الدولية للغات

国际语言年 - 2008 年

Pirate fishing must not pay

Europe's fight for sustainable fisheries. **Text** Joe Borg

Public concern about the state of the world's oceans has never been higher. And quite rightly so. According to recent research published in *Science* magazine, only 4% of our planet's marine waters remain undamaged by human activity. Climate change, fishing, and pollution are among the main causes cited by the authors. While there may be differing assessments of the extent of the damage done, and how it should be calculated, the authors' broader conclusion is inescapable. Indeed, it confirms the conclusion which the European Commission had already reached, that there is an urgent need for a new approach to ensuring the long-term health of our seas and oceans. We need to take integrated and coherent action now, if we are to ensure that the marine environment remains a source of sustainable wealth and well-being for future generations. That is why the EU has just adopted an integrated European maritime policy, which has environmental and economic sustainability at its heart.

The challenge facing us is considerable. Take the case of fisheries, mentioned by the authors of the *Science* article. According to a recent scientific survey carried out for the European Commission, more than 80% of the fish stocks in European waters are being fished at an unsustainable rate.

The problem facing us in Europe may be particularly acute, as it is in other industrialised regions of the world, but it is not uniquely European. The world fishing fleet as a whole has grown enormously over the last 50 years, both in volume, and in technologically-assisted fishing power. Indeed, the latest edition of the FAO's annual report on the State of World Fisheries and Aquaculture es-

timates that the global fleet is now able to harvest fish at twice the maximum rate considered to be sustainable by the scientific community.

This is bad news for the fish stocks. It is also bad news for fishermen, and for all the associated industries which depend upon the wild capture sector. Reduced quotas, rising costs and increasing competition mean that many sectors of the fleet now operate at a loss. Of course, aquaculture has an increasingly important role to play in helping meet demand for fisheries products, but it is still a long way from meeting the shortfall in supply.

The European Union is committed

The European Union is committed to trying to reverse this negative trend, and restore European fisheries to a more sustainable circle. We need balanced marine ecosystems

to support healthy fish stocks, which can be harvested profitably and sustainably by a stable industry. And this in turn can help sustain diverse and lively coastal economies. This is the vision which supports all the Commission's work under the Common Fisheries Policy (CFP).

That is why the CFP has begun to move away from short-term annual decision-making on fishing opportunities and accompanying measures, to place the emphasis instead on long-term management plans for the main commercial stocks. Such plans can be used to set out clear goals for sustainability, and to define a path to achieve that so as to provide a minimum of stability for the industry in this period of great change. The Commission and the EU Member States are committed to realising the goal of Maximum Sustainable Yield (MSY) as the management benchmark for European fish stocks agreed at the Johannesburg World Summit on Sustainable Development in 2002. Only through

Illegal fishing is big business but it threatens the sustainable management of fish stocks.



a genuinely precautionary, long-term, ecosystem-based approach to fisheries management can we both meet our environmental goals, and provide the industry with the kind of stability it needs to plan and prosper.

Perhaps the greatest single threat to our achieving that vision is the proliferation of illegal, unreported and unregulated fishing (IUU). IUU fishing is not innocent poaching but big business. For more often than not, IUU fisheries take the form of highly profitable and highly organised international crime. The global turnover of the IUU 'sector' has recently been estimated at in excess of 10 billion Euro. We are particularly aware of this challenge in Europe, because the EU is the largest market for fisheries products in the world. Recent estimates suggest that the EU could be penetrated each year by imports of illegal fish products worth up to 1.1 billion Euro - and the true figure may be far higher.

It is to deal with this phenomenon that the European Commission tabled last October a new package of innovative political and legis-

lative measures to combat IUU activities. Our proposal has many dimensions, including black lists for IUU vessels and non-compliant states, and measures to make it easier to pursue EU nationals who engage in IUU activities, wherever they may be around the world. But the key innovation is a control system that can identify and trace fish products at every step along the way from net to plate. This will give us the tools to prevent illegal fishing not just when operators are caught red-handed at sea, but at every stage throughout the supply chain. If we can prevent IUU operators from selling their products to consumers, then we can hit them where it hurts most - in the purse.

Cooperation to fight illegal fishing

To achieve this, we will all need to work together, both inside the EU and in the international arena. This means strengthening and empowering the Regional Fisheries Management Organisations (RFMOs) which regulate fishing on the high seas in most regions of the globe. One example of best practice is

the 'port state' control scheme introduced last year by the North East Atlantic Fisheries Commission (NEAFC). This scheme makes prior notification by the flag state (where the vessel is registered) a condition for landing fish, so that the receiving port can be sure that the vessel is licensed to catch the fish, and that the fish has been caught within quota. The Commission is now proposing to generalise port state control, so as to make it the norm for all fish and fisheries products entering the EU.

Of course, for our international actions to be credible, we need to ensure that our own house is in order, too. This will mean working with the EU Member States, which are responsible for controlling and sanctioning their nationals, to ensure that fisheries regulations are rigorously respected in European waters too. At present, there are too many loopholes. Several times recently the Commission has had to take legal action against one or other Member State for not taking adequate steps to implement the CFP rules properly. Raising our performance in this area is one of my main priorities for the remainder of my mandate - starting later this year with a radical overhaul of the existing control regulation. The recently-established Community Fisheries Control Agency (CFCA) will also play a leading role in improving control of the CFP in the coming years.

Our oceans are the lifeblood of our planet. It is the responsibility of all those who use them to ensure that they are passed on in the best possible condition to future generations - as they will depend upon them just as much as we do. IUU fishing is not just another form of economic crime - it is one of the great environmental catastrophes of our age. If we can put an end to it, then we will have won a major victory on the road to a genuinely sustainable future for the oceans. <<





Finanzmärkte stabilisieren

Eine europaweite, geringe Finanztransaktionssteuer (FTS) könnte mehr Kontrolle, Transparenz, Stabilität und somit eine Teillösung zur Regulierung der instabilen Finanzmärkte darstellen sowie wesentliche Steuereinnahmen generieren. **Text** Klaudia Feurle

Seit den 1970-er Jahren vollzogen sich gravierende Änderungen auf den Finanzmärkten. Das Bretton-Woods-System wurde beendet. Durch das nachfolgende System der flexiblen Wechselkurse sind die globalen Finanzmarkttransaktionen, besonders Devisentransaktionen massiv angestiegen. Laut Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) beträgt das weltweite Volumen der Finanztransaktionen heute 3.300 Billionen US-Dollar pro Jahr. Aber nicht einmal 30% davon werden benötigt, um den Welthandel von Waren und Dienstleistungen abzuwickeln. Was ist mit dem Rest, dem Großteil der globalen Finanzflüsse?

Vieles davon ist spekulativ und nur auf der Suche nach kurzfristigen Kursgewinnen. Und dies stabilisiert die Finanzweltlage nicht gerade unbedingt. Zudem ist im Weltfinanzsektor schon lange ein großer Mangel an Transparenz zu verzeichnen und Regulierungen gibt es nur mehr ganz wenige. Die Kontrolle der Finanzmärkte bzw. das Eingreifen in Problemfällen oder Krisen ist sehr schwer geworden. Eine mögliche Maßnahme dagegen könnte die Besteuerung von Finanzmarkttransaktionen darstellen.

Wie könnte eine FTS funktionieren?

Laut Studien des Wifo würde eine allgemeine, niedrige Steuer von 0,01-% auf alle Transaktionen Sinn machen, denn sie würde im Vergleich zur ursprünglichen Idee der Tobin-Steuer, die nach heutigem Wissen als veraltet und nicht durchführbar gilt, verschiedene Transaktionen nicht diskriminieren.

Im Detail könnte die Steuer auf börsliche und außerbörsliche Finanztransaktionen, sprich Aktien-, Anleihen-, Devisen- und Derivatgeschäfte, verrechnet werden, denn diese machen inzwischen den größten Teil aller Transaktionen aus. Eine FTS könnte laut Wifo zum Beispiel innerhalb der Europäischen Union (etwa EU plus Schweiz) Wirklichkeit werden, allerdings nur, wenn sich die benötigte kritische Masse an teilnehmenden Ländern dazu bereit erklärt und wenn der Finanzplatz an sich durch die Realisierung der Steuer nicht gefährdet wird.

Lukrative Einnahmen

Durch eine 0,01%-ige europaweite FTS könnten Einnahmen von ca. 83 Milliarden

Euro erzielt werden. Diese Summe macht etwa zwei Drittel des EU-Budgets (129 Milliarden Euro im Jahr 2008) aus. Und eine mögliche Finanzierung des EU-Haushalts durch ein Finanztransaktionssteuermodell klingt verlockend.

Viele Diskussionen über die Steuereinnahmen kreisen auch um die mögliche Verwendung für Entwicklungszusammenarbeit. Allerdings sollte sich die Hauptdebatte in Bezug auf die FTS zuerst über die Realisierungsmöglichkeit und nicht über die Steuereinnahmenverwendung drehen, denn Probleme bezüglich Steuereinführung gibt es noch viele.

Probleme und Hindernisse

Die Einführung einer allgemeinen FTS würde ohne Zweifel wirtschafts- und standortpolitische Auswirkungen haben. Durch eine FTS wären eventuell Transaktionsrückgänge, das heißt Liquiditätseinbußen, oder etwaige Umleitungen der Transaktionen in steuerfreie Zonen mögliche Folgen und es könnte so dem Finanzmarktstandort EU nicht unwesentlich Schaden zugefügt werden. Schon innerhalb

Europas findet derzeit ein massiver Wettbewerb um die einzelnen Finanzplätze statt. Die Finanzzentren, vor allem Frankfurt und London, an denen über 90% der Börsenumsätze Europas anfallen, würden aber nicht direkt durch die Steuer gefährdet werden, denn nicht die jeweilige Börse hätte die Steuer abzuführen, sondern die einzelnen, internationalen Investoren bzw. Händler. Natürlich hat dies aber auch Auswirkungen auf den Börsenstandort selbst. Fakt ist, dass Großbritannien den größten Finanzmarktanteil Europas darstellt, kein Euro-Mitgliedsland ist, wenig politischen Willen bezüglich einer FTS zeigt und daher eines der größten Hindernisse für eine europaweite Einführung darstellt.

Zudem gibt es starke Steuergegner wie etwa Händler, Banken und Unternehmen, die durch Transaktionen und Spekulationen nicht unwesentlich verdienen.

Anzumerken ist außerdem, dass durch eine FTS Marktturbulenzen, wie sie im Moment durch die US-Hypothekenkrise ausgelöst werden, nicht zu verhindern sind, denn diese

Ursachen liegen nicht direkt im Handel von Finanztransaktionen. Die Stabilität der Finanzmärkte insgesamt hat aber ohne Zweifel einen enorm großen Einfluss auf die Stabilität der Weltwirtschaft und insofern könnte auch diesbezüglich eine FTS, wenn auch nur in marginalem Ausmaß, förderlich sein.

Politische Perspektive - von der Idee zur Umsetzung

Verschiedene Akteure fordern schon länger die Besteuerung von Devisentransaktionen. Unter anderem die globalisierungskritische NGO Attac. Auch diverse Länder wie etwa Belgien und Frankreich haben die Steuereinführung unter der Bedingung einer internationalen Umsetzung bereits parlamentarisch beschlossen. Einen ähnlichen Parlamentsbeschluss gibt es auch in Österreich. Bundeskanzler Gusenbauer sowie Finanzminister Molterer haben sich auf einer kürzlich stattgefundenen Veranstaltung des Ökosozialen Forums für die EU-weite Einführung einer FTS ausgesprochen. Für die tatsächliche Einführung ist aber noch viel Werben auf EU-

Ebene notwendig, denn ohne starken Partner in der Europäischen Union richtet die Steueridee wenig aus bzw. wäre auch nur bedingt realisierbar.

Insgesamt wäre eine europaweite, allgemeine FTS eine mögliche Maßnahme unter vielen anderen, um etwas mehr Stabilität, Transparenz und Regulierung auf die Finanzmärkte zurückzubringen. Vor allem auf die Volatilität, welche besonders durch spekulatives und deshalb oft extrem kurzfristiges Trading verstärkt wird, könnte sich eine FTS stabilisierend auswirken.

Jedoch ist die Steuer in der EU noch höchst umstritten. Und die Überzeugung bzw. das An-Bord-Holen der Steuergegner dürfte eine Herkulesaufgabe sein. Kontroversielle Meinungen und auch unterschiedliche Studien zu einer FTS vereinfachen eine baldige Durchführung nicht gerade. Außerdem unterstützen momentan weder die EU-Kommission noch die EZB eine derartige FTS. Insofern sollen keine Illusionen gemacht werden - bis zu einer möglichen Steuerumsetzung ist es noch ein weiter und steiniger Weg. <<

Die Finanztransaktionssteuer war Thema einer hochkarätigen Diskussionsrunde in der Diplomatischen Akademie Wien.



Historische Standortbestimmung

Die europäische Integration im 21. Jahrhundert. **Text** Hadmar V. Hözl

Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges 1945 schloss das leidvollste Kapitel europäischer Geschichte; Spuren von unermesslichem Leid und Zerstörung waren in ganz Europa allgegenwärtig. Unzählige Grenzschränken symbolisierten sowohl die tiefen Gräben zwischen den einzelnen Staaten als auch die Einflussnahme und Teilung Europas durch die beiden Großmächte USA und UdSSR.

Zusammenarbeit sollte das politische Schlüsselwort werden, eine neue Europa-Begeisterung für den nötigen wirtschaftlichen Aufschwung sorgen und nach Jahren des Krieges endlich wieder den erhofften Wohlstand schaffen.

Was ist aus dieser Idee geworden? Lässt sich die Europäische Integration der vergangenen 50 Jahre überhaupt als greifbares Ganzes festmachen?

Über 500 Millionen Menschen in 27 Ländern Europas, die zusammen das größte Bruttoinlandsprodukt der Welt erwirtschaften: Das ist heute die Europäische Union, die nicht nur Teil unserer gemeinsamen Geschichte ist, sondern vor allem für die Zukunft einen wichtigen Integrationsfaktor darstellt.

Vom zarten Pflänzchen zum lebensstarken Baum

1950 beschlossen die ehemaligen Kriegsgegner Deutschland und Frankreich, in der zuvor kriegsentscheidenden Kohle- und Stahlproduktion zusammenzuarbeiten - die Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). "Wir einigen keine Staaten, wir bringen Menschen einander näher", verlaublich der französische Wirtschaftspolitiker Jean Monnet bei deren Gründung. Er sollte mit seiner Behauptung

Recht behalten. Aus diesem vertraglichen Zusammenschluss, der auch von Italien, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden am 18. April 1951 ratifiziert wurde, entstand 1957 mit den römischen Verträgen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

Erstmals gab es mit der EWG in Europa einen integrierten Wirtschaftsraum von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital, eine gemeinsame Handels-, Verkehrs-, Agrar- und Wettbewerbspolitik wurde in den weiteren Jahren errichtet. Staaten übertrugen Souveränitätsrechte auf eine europäische Ebene, eine erste überstaatliche Rechtsgemeinschaft entstand. Man erkannte rasch das Potential einer politischen und friedlichen Integration, die freiwilligen Abhängigkeitsstrukturen erhöhten sich, die Wirtschaftsgemeinschaft wurde zu einem Geflecht gegenseitiger Interdependenzen. Im Maastricht-Vertrag vom 7. Februar 1992 wurde schlussendlich die Europäische Union (EU) festgeschrieben und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) festgelegt.

Wie unschwer zu erkennen ist, blieb seit der Ratifizierung der römischen Verträge in Europa kein Stein auf dem Anderen. Mit der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten stieg die EU zu einer der bedeutendsten supranationalen Institutionen auf, die in den Nachkriegsjahren noch so sehr erhoffte Zusammenarbeit wurde von den Mitgliedstaaten in immer mehr Bereichen praktiziert. Das gemeinschaftliche Pflänzchen, dem nur wenige eine lange Lebensdauer prophezeit hatten, wuchs zu einem lebensstarken, verwurzelten und verzweigten Baum heran.

Heute ist der Binnenmarkt der Europäischen Union der größte der industrialisierten Welt,

und die wirtschaftlichen Vorteile sind zahlreich: Freier Warenverkehr, Produktvielfalt, freier Wettbewerb, Verbraucherschutz und die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung im Jahr 2002 sind nur wenige Beispiele dafür.

Von der Wirtschafts- zur Wertegemeinschaft

Um die Europäische Union heute zu beschreiben, ist ein Blick auf die historischen Errungenschaften von größter Bedeutung. Trotz all der ökonomischen Erfolge wäre es aber vermessen, die vergangenen 50 Jahre nur auf Grund der wirtschaftlichen Leistungen der Europäischen Union zu beurteilen. Die EU ist nicht nur ein Wirtschaftszusammenschluss, sondern sollte vor allem als das bedeutendste Friedensprojekt in der europäischen Geschichte verstanden werden. Jeder einzelne Bürger der Mitgliedstaaten war und ist von den wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen betroffen. Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern stellt vor allem eine Wertegemeinschaft dar. In der europäischen Union herrschen Grundsätze wie jener der Nichtdiskriminierung, weder von Geschlecht, Rasse, Alter oder Religion. Auch die Unantastbarkeit der Würde, die Achtung der Menschenrechte, das Verbot der Todesstrafe und der Folter sind Grundwerte, die vor über 60 Jahren nicht einmal angedacht wurden. Diese Werte sind heute durch die Unionsverträge gesetzlich verankert, durch jede Erweiterung verbreiten sich diese Werte und manifestieren sich in der politischen und gesellschaftlichen Kultur der neuen Mitgliedsländer. Selbst historische Grenzen und Gräben wurden bereits nach und nach abgebaut

und überwunden: 1989 löste Ungarn den Grenzzaun zu Österreich auf, die Tschechoslowakei demontierte ihre Grenzbefestigungen und mit dem Fall der Berliner Mauer kam es zur Wiedervereinigung Deutschlands. Nach vielen Jahren des Eisernen Vorhangs nahm sich die Europäische Union 2004 das nächste Kapitel europäischer Integration zu Herzen: die Osterweiterung.

Ein Schritt in die richtige Richtung: Die Osterweiterung

Berücksichtigt man die Leistungen, die die Europäische Union in den vergangenen Jahrzehnten sowohl für ihre Mitgliedstaaten als auch für den gesamten Kontinent erbracht hat, so sind die Überlegungen über Vor- und Nachteile einer Erweiterung für die EU bzw. die potentiellen Mitgliedstaaten rasch abgeschlossen. Die Geschichte zeigt sehr deutlich, dass jede Erweiterungsrunde der Europäischen Union für alle Beteiligten von größter Bedeutung war und sowohl die Europäische Union als Ganzes als auch die einzelnen Staaten sehr stark davon profitieren konnten.

Ein Eintritt in die EU gibt jedem neuen Mitgliedstaat starke Impulse, sich wirtschaftlich und gesellschaftlich weiter zu entwickeln, ohne die eigene Identität gefährden zu müssen. Grenzüberschreitende Problemstellungen können nur gemeinschaftlich gelöst werden, die dazu notwendigen Foren werden dabei von der EU gestellt. Mitglied der Union zu sein bedeutet nicht nur, Souveränitätsrechte auf eine supranationale Ebene zu transferieren, sondern in diesen Gremien auch die zukünftigen Positionierungen der gesamten Europäischen Union mitzugestalten. In keinem anderen Staatenbund gibt es diese Gestaltungsräume, wo selbst kleinen Staaten gleiches Mitspracherecht eingeräumt wird.

So gesehen verwundert es nicht, dass sich das Projekt "Europäische Integration" in den letzten 50 Jahren von einem wirtschaftlichen Verbund zu einem politischen und gesellschaftlichen Zusammenschluss entwickelt hat. Dieser Zusammenschluss macht stark

und lässt im demokratischen Spektrum trotz der verschiedensten kulturellen Gegensätze Gemeinsames entstehen.

Eine besonders große Herausforderung stellt dabei die EU-Osterweiterung dar, die sowohl für die EU als auch für die Beitrittskandidaten von größter Bedeutung ist. Nach der friedlichen Transformation ehemaliger Oststaaten sind diese bereits vor wenigen Jahren Teil der Europäischen Staatengemeinschaft geworden. Ganz besonders deutlich zeigt sich dies in den Nachfolgeländern des ehemaligen Jugoslawiens, die durch den Krieg in den 1990-er Jahren wirtschaftlich und gesellschaftlich besonders schwere Rückschläge erleiden mussten. Volksgruppen, die schon seit Jahrhunderten gemeinsames Land geteilt hatten, gerieten in einen offenen Konflikt, Teilrepubliken lösten sich vom Gesamtstaat und fochten einen Krieg aus, der zigtausenden Menschen das Leben kostete. Auch die Europäische Union konnte diesen Entwicklungen nur wenig entgegenzusetzen, lernte aber aus den bitteren Erfahrungen: Der Krieg in Ex-Jugoslawien war Anlass zur Installation der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Durch eine Annäherung und Anbindung dieser Staaten an die EU erscheint heute, nur

wenige Jahre nach Ende des Krieges, eine erneute Eskalation weniger wahrscheinlich. Slowenien ist bereits Mitglied der Europäischen Union, auch Kroatien wird den Weg in die EU in den nächsten Jahren bewältigen. Selbst in Serbien, wo durch die aktuelle Unabhängigkeitserklärung des Kosovo alte Wunden aufgerissen und Erinnerungen an den Krieg wach wurden, mehren sich die Stimmen für eine weitere Anbindung an die Europäische Union. Ein Szenario, welches vor wenigen Jahren noch undenkbar war, genauso wie eine friedliche Beilegung des Kosovo-Problems mit Hilfe der EU.

Die europäische Integration schafft neben einer wirtschaftlichen auch eine politische Stabilität auf unserem Kontinent, welche es in jeder Hinsicht zu erweitern gilt. Trotz der unterschiedlichen Meinungen und Positionierungen, die es noch immer in Europa zu überwinden gilt, war Krieg auf europäischem Boden noch nie unwahrscheinlicher als heute. Vor allem dieser Aspekt zeigt, welche enorme positive Entwicklung die Europäische Union für ganz Europa brachte. Gemeinsamkeiten schaffen gemeinsame Identität, welche für eine gemeinsame Weiterentwicklung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Interessen aller Mitgliedstaaten von größter Bedeutung ist. <<



Mirno More

Ein internationales Jugend-Friedensprojekt aus Österreich.

Text Christian Winkler

Seit 1994 segelt die Friedensflotte einmal pro Jahr durch die Inselwelt Dalmatiens. Kinder und Jugendliche aus den Randbereichen der Gesellschaft sind dabei an Bord. Sie kommen aus Kinderheimen, SOS-Kinderdörfern, Sozialwohngemeinschaften und der Jugendamtsbetreuung. Ein Drittel von ihnen ist ausländischer Herkunft, darunter zahlreiche Heimatvertriebene und Kriegswaisen aus den Balkanländern. Die Kids haben bei der einwöchigen Fahrt Gelegenheit, Vorurteile über Bord zu werfen und Freundschaften quer über ethnische und soziale Grenzen zu schließen.

Wurzeln

Die Friedensflotte war am Anfang ein Versuch, die Jugend der miteinander verfeindeten Volksgruppen des ehemaligen Jugosla-

wien zusammenzubringen: Serben, Moslems, Kroaten, deren Eltern sich gegenseitig bekämpft hatten, saßen jetzt gemeinsam in einem Boot. Und während anfangs noch böse Worte gefallen sind und oft Interventionen der Betreuer notwendig waren, um Eskalationen zu verhindern, gingen diese jungen Menschen am Ende der Projektwoche unter Tränen auseinander.

Viele der damals entstandenen Freundschaften halten bis heute. Das beste Beispiel ist eine Gruppe von jugendlichen Organisationshelfern, die sich aus ehemaligen Teilnehmerkindern zusammensetzt. Deren jetziger Leiter ist 1994 bei der allerersten Friedensflotte als Flüchtlingskind aus Sarajevo mitgefahren, und bosnische, serbische und kroatische Teilnehmerkinder der weiteren Jahre sind dazugekommen.

Wachstum

Was sich schnell gezeigt hat: Das einmalige pädagogische Konzept der Friedensflotte hat nicht nur den Flüchtlingskindern vom Balkan dabei geholfen, ihre Vorurteile über Bord zu werfen. Bei der ersten Teilnahme einer Behindertengruppe im Jahr 1998 war erstaunlicherweise zu beobachten, dass die anderen Teilnehmerkinder nach anfänglichem Zögern auf die Behinderten zugegangen sind und diese als gleichwertig angenommen haben. Und inzwischen sind weitere "Grenzen im Kopf" dazugekommen, z.B. zwischen reich und arm, katholisch und moslemisch, behindert und nichtbehindert, schwarz und weiß usw.

Und während die erste Friedensflotte mit gerade einmal drei Booten unterwegs war, sind im vergangenen September bei der Friedens-



Seit 1994 segelt die Friedensflotte einmal pro Jahr. Kinder aus den Randbereichen der Gesellschaft werden dadurch unterstützt.

flotte 2007 schon 76 Schiffe mit rund 500 Kindern aus 20 Nationalitäten dabei gewesen.

Medien

Die Bedeutung des Projektes ist schon allein an der Zahl der Medienberichte zu messen, die in den letzten drei Jahren stark gestiegen ist. So berichtet z.B. der ORF Balkan-Korrespondent des ORF, Mag. Christian Wehrschütz, seit zwei Jahren regelmäßig mit einem eigenen TV-Team von der Flottenwoche. Auch die Boulevard-Presse behandelt die Aktion durchaus freundlich.

Politik

Unterstützt und gefördert wurde die Friedensflotte seitens der Politik von Anfang an weniger finanziell als vielmehr durch Stellungnahmen und Vernetzungstätigkeit von bedeutenden Politikern wie z.B. dem ehemaligen Vizekanzler Dr. Alois Mock. Dieser hat schon 1995 in einem Empfehlungsschreiben

auf das große Potenzial der Idee hingewiesen. Die derzeit amtierende Außenministerin Frau Dr. Ursula Plassnik, ersucht ebenso wie EU-Kommissarin Frau Dr. Benita Ferrero-Waldner um weitestmögliche Unterstützung des Projektes durch öffentliche und private Stellen. Quer über alle Parteigrenzen reicht diese Form der politischen Rückendeckung: so hat z.B. die dzt. NÖ-Grünen-Chefin Dr. Madeleine Petrovic bereits persönlich als Skipperin und Kinder-Betreuerin an der Friedensflotte teilgenommen (ohne dieses Engagement parteipolitisch zu verwerten) und Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hat den Anreise-Buskonvoi in Wien offiziell verabschiedet.

Finanzen

Die Friedensflotte ist schon jetzt ein weltweit einzigartiges Projekt. Doch ungeachtet aller Erfolge ist die Finanzierung bis heute äußerst schwierig und der veranstaltende niederösterreichische Verein kann sich trotz einiger Subventionen (BMGFJ, Land NÖ,

In Brief:

Mirno More ist der Gruß der Seefahrer Dalmatiens und heißt soviel wie "friedliches Meer". Der Begriff Mirno More steht nun auch für den Verein Mirno More und die gleichnamige "Friedensflotte".

Mirno More - Verein für sozialpädagogische Friedensprojekte
A-2392 Sulz im Wienerwald,
Kurparkgasse 265
Tel+Fax: 02238 / 8330
Mail: office@mirnomore.org
Web: <http://www.mirnomore.org>

BMI und BMSK) und der Hilfe eines Hauptsponsors (mobikom austria) meist nur knapp über Wasser halten. Für die Beantragung von Subventionen auf internationaler Ebene (EU, UNESCO, Soros Foundation etc.) fehlen Zeit, Knowhow und Lobbying-Kontakte. Der einzige hauptamtliche Büro-Arbeitsplatz ist mehr als ausgelastet. So ist die Durchführung und der Ausbau des Projektes von Jahr zu Jahr eine ständige Gratwanderung zwischen großem Entwicklungspotenzial einerseits und bedrückender Finanznot andererseits.

Visionen

Die Friedensflotte wird von einem österreichischen Verein veranstaltet und wäre daher geeignet, das Ansehen unseres Landes in der Welt weiter zu steigern. Wenn die finanzielle Ausstattung des Vereins verbessert werden könnte und das Projekt in der Folge auf wirtschaftlich gesunden Beinen steht, dann könnte die Aktion auch weltweit bekannt gemacht werden. Das wiederum könnte zahlreiche Folgeprojekte nach sich ziehen, die ihrerseits in Summe tatsächlich einen Beitrag zum Weltfrieden leisten könnten.

<<



Botschafter zum Assistant Secretary-General ernannt

Am 9. Februar 2008 wurde der Ständige Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen in Wien, Botschafter Thomas Stelzer, zum UN-Assistent Secretary-General for Policy Co-ordination and Inter-Agency Affairs ernannt. **Text** BMeiA

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, gab die Ernennung von Botschafter Thomas Stelzer zum Assistant Secretary-General for Policy Co-ordination and Inter-Agency Affairs bekannt. Damit ist in Zukunft ein österreichischer Diplomat maßgeblich für den Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Rahmen der Vereinten Nationen verantwortlich. Gleichzeitig wird Thomas Stelzer den UNO Chief Executive Board (CEB) koordinieren, in dem der UNO Generalsekretär die Arbeit aller Teilorganisationen des Systems der Vereinten Nationen wie WTO, UNDP und WHO mit deren Leitern aufeinander abstimmt.

Seit 2001 Ständiger Vertreter

Botschafter Thomas Stelzer war seit 2001 Ständiger Vertreter Österreichs bei den in Wien ansässigen Internationalen Organisa-

tionen UNODC, IAEA, UNIDO und CTBTO. In früheren Positionen war er unter anderem Kabinettschef des Exekutivsekretärs der Nuklearen Teststopporganisation CTBTO und vertrat Österreich in New York in den UNO-Komitees für Internationale Sicherheit und Abrüstung, sowie für den operativen Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

Als Ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen in Wien war Botschafter Stelzer unter anderem Vorsitzender des UNIDO-Verwaltungsrats und der Vorbereitenden Kommission für die CTBTO. Er organisierte und leitete auch die beiden Wiener Terrorismussymposien, mit denen das Wiener UNO Büro für internationale Verbrechen- und Drogenbekämpfung UNODC zu einem weltweiten Zentrum für Terrorismusprävention wurde. Als Ko-Verhandler der internationalen Konvention gegen Korruption UNCAC und Vizenvorsitzender der jüngsten Staaten-

konferenz trug Thomas Stelzer maßgeblich zur Stärkung des Amtssitz Wien als internationales Kompetenzzentrum für Sicherheitsfragen bei.

Thomas Stelzer ist Doktor der Rechtswissenschaften und erwarb einen M.A. in Lateinamerikastudien an der Stanford University in den USA sowie ein Diplom in Internationalen Beziehungen an der Johns Hopkins University in Bologna.

Thomas Stelzer ist mit der portugiesischen Diplomatin Vanda Sequeira-Stelzer verheiratet und hat drei Töchter und einen Sohn.

Seit 1999 ist Botschafter Stelzer Präsident des Klangforum Wien, eines führenden Ensembles für zeitgenössische klassische Musik.

<<



Botschafter Thomas Stelzer war seit 2001 Ständiger Vertreter Österreichs bei den in Wien ansässigen Internationalen Organisationen UNODC, IAEA, UNIDO und CTBTO.



Jetzt stresst es auch den Hund.

Text Cäcilia S. Smekal

Also gut, stressige Zeiten haben auch ihr Gutes: Durch den Schlafmangel wird das Adrenalin angeheizt und ich werde leistungsfähiger. Der erhöhte Kaffeekonsum kurbelt nicht nur den Blutkreislauf, sondern auch unsere Wirtschaft an. Und wenn man sich bei Sonnenaufgang schlafenlegt, ist das eine gute Gelegenheit, überhaupt einmal die Sonne zu sehen. Ganz zu schweigen von der Bekanntheit mit meiner neuen Freundin *Insomnia*, die mich beehrt, wenn ich denn einmal Gelegenheit habe, mich auszuruhen. Außerdem... naja, jetzt fällt mir nichts mehr ein, um mir selbst meinen derzeitigen Zustand schönzureden. Sind ja auch genug Gründe.

Momentan hetze ich nämlich zwischen Umzug, meinen Jobs mit ungewöhnlichen Arbeitszeiten und den üblichen Familientragödien hin und her und gerate stellenweise in Angstzustände, wie ich mir mein zukünftiges Leben leisten soll. Wie Sie ja bereits wissen, ist nämlich alles teurer geworden oder im Begriff, es zu werden. Wohnen, Essen, Atmen kann sich ja bald niemand mehr leisten. Die heimische Presse befürchtet gar den Ausbruch sogenannter Brotrevolutionen, bei denen geschundene Pensionisten den Krückstock gegen den benachbarten Supermarkt erheben. In Österreich müssen die lieben Rentner ohnehin für allerlei politisches Kleingeld herhalten. Nur bekommen tun sie keines. Immerhin erhalten sie eine staatliche Pension. Kennen Sie übrigens den Running Gag meiner Generation: Ich in vierzig Jahren bei der Pensionsversicherungsanstalt. Ein Brüller, nicht?

Zumindest beginnen die Menschen mancherorts, das Wirtschaftlichkeitsdogma in Frage zu stellen: In Deutschland muss der

große böse Konzern nach Werksschließung und Protest Förderungen zurückzahlen, in Hollywood entdeckt man die Gewerkschaften wieder und selbst im kleinen Österreich gehen die MitarbeiterInnen des Privatfernsehsenders auf die Straße, um ihre Betriebsräte zurückzuholen. Sind diese doch die einzigen, die sich für einen menschenwürdigen, will heißen: gerade ausreichenden Lohn einsetzen. Zumal die Inflation in aller Munde und aller Geldbörsel spürbar ist. Tja, die Zeiten waren schon einmal rosiger und Wirtschaftswunder zeichnet sich auch keines ab. Und was mache ich? Gerade jetzt umziehen! Wo ich doch einen Hund zu ernähren habe! Panik!! Natürlich muss ein neuer Kleiderschrank her, hier eine Gebühr, da ein Antrag, das kostet alles Geld. Geld, das ich mit Schlafentzug bezahle. Und das wiederum wirkt sich nicht gerade gut auf meine Arbeitsleistung aus. Bei diesem Absatz allein habe ich mich elfmal verschrieben.

Mein momentaner Ausnahmezustand erzeugt auch schon bei meinem Hund diverse Nebenwirkungen (ich nenne ihn in der Öffentlichkeit meist nur "Hund", damit niemand merkt, wie pathologisch ich in ihn vernarrt bin). Freundlich, wie er ist, steht er nämlich gleichzeitig mit mir auf und geht freilich ebenso gleichzeitig mit mir schlafen. Dass er deshalb die Sonne auch nur noch aus dem Fernsehen kennt, ist ja gerade noch hinzunehmen, ist er doch schon so alt, dass er ohnehin kaum mehr etwas sieht. Das zunehmende Gegen-Dinge-Laufen macht mir allerdings doch Sorgen. Deswegen habe ich beschlossen, Stressabbau zu betreiben. Angefangen wird mit regelmäßigen Auslauf- und Schlafzeiten - für den Hund. Und damit... sich das ausgeht ... müsste ich nur ... zzz.

UNO goes Hollywood

Damit sich stereotype Filmcharaktere nicht im globalkulturellen Bewusstsein festsetzen, ist die UNO auf der Suche nach wirksamen Modellen. **Text** Irina J. Beikert

Schon seit längerem ist die UNO darauf aufmerksam geworden, dass Film die globale Massenkultur maßgeblich mitbestimmt und unterstützt Filmprojekte, die ihre Anliegen thematisieren, wie Klimawandel, Menschenrechte. Das erst jüngst stattgefundene Wiener Forum gegen Menschenhandel widmete dem Medium Film einen breiten Raum und lieferte ein cineastisches Rahmenprogramm im Metro Kino mitsamt der Österreich-Premiere für den Film Trade.

Das UNO-Logo auf Filmplakaten ist mittlerweile nichts mehr Neues. Vor der Klimakonferenz wird ein Kurzfilm gezeigt, im Headquarter in New York finden Public Screenings und Releases statt, sogar ein UNO-Filmfestival gibt es. Hollywoodschauspieler wie George Clooney, Nicole Kidman oder Angelina Jolie werden zu Sonderbotschaftern - doch bisher mangelte es an einem Gesamtkonzept.

Ein Filmfond für die UNO

Am 16. Januar beschloss das 1. Forum der Alliance of Civilizations in Madrid, einen 100 Millionen USD UNO-Filmfonds ins Leben zu rufen. Der Fonds soll in Zukunft Filmprojekte unterstützen, die einer me-

dialen Stereotypisierung entgegenwirken, die Produktion und Distribution von Filmen fördern, die "gleichermaßen unterhalten und aufklären".

"Ein Leben lang habe ich mich damit herumgequält, wie Stereotype - gestärkt von Medien und Popkultur - emotionale sowie politische Voraussetzungen schaffen können, die dann in chronischen Missverständnissen enden", sagt Queen Noor, Witwe des verstorbenen König Hussein von Jordanien und Mitbegründerin der Alliance of Civilizations.

Der UNO-Fonds soll nun dazu dienen, die bereits bestehenden Verbindungen zwischen den verschiedenen Gesellschaften zu verbessern, insbesondere zwischen den westlichen und islamischen. Der heraufbeschworene Kampf der Kulturen wird auch auf den visuellen Schlachtfeld ausge- tragen.

Daher ist es keine unerhebliche Frage, mit welcher Ikonographie die jeweiligen Bilder besetzt werden. Bisher wurde die Thematik nur selten auf der Leinwand und in der Popkultur aufgegriffen - in der Massenkultur werden somit kulturelle Stereotype leidlich bedient, meist aus Bequemlichkeit.

In Brief:

Alliance of Civilizations:

<http://www.unaoc.org>

We are the Peoples-Filmfestival, London: <http://www.wethepeoples.org.uk>

19.-26. Oktober 2008, UNA Filmfestival:

<http://www.unaff.org/2008/index.html>

Zur Chefsache erklärt

Auch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon setzt große Hoffnungen in das Projekt und erläuterte vor den Delegierten 63 verschiedener Nationen, der Filmfonds solle helfen, "hässlichen Stereotypen in der Popkultur entgegenzuwirken". Noch wurden keine konkreten Filmprojekte genannt, die aus dem Fond finanziert werden sollen, da sich das Projekt noch in der Entwicklungsphase befindet, allerdings haben sich schon namenhafte Sponsoren gefunden, unter anderem auch YouTube, das Filmstudio Summit Entertainment, der Finanzriese ICM sowie die US-Produktionsfirma Participant Prods. Allein durch diese vier Kooperationspartner sollen bereits zehn Millionen USD für den Filmfonds gesichert sein. <<



Kulturhauptstadt Liverpool

Liverpool hat in seiner 800-jährigen Geschichte viele Entwicklungsphasen durchlebt. Mit dem Status der Kulturhauptstadt 2008, den es gemeinsam mit dem norwegischen Stavanger innehat, hofft die Stadt auf frischen Wind. **Text** Căcilia S. Smekal

Ganz Liverpool ist 2008 auf den Beinen: Schon an der Eröffnungsfeier als Kulturhauptstadt nahmen 1.300 Leute teil. Die berühmten Stadtsöhne Ringo Starr und Sir Simon Rattle feuerten an, Sir Paul McCartney begrüßte via Videobotschaft.

Insgesamt sollen an die 350 Veranstaltungen stattfinden, quer durch alle Kulturbereiche: Musik, Tanz, Theater, Mode, Ausstellungen, etcetera.

Viele der schon teilweise im Sommer gestarteten Kulturveranstaltungen werden übrigens gratis zugänglich sein. Die Klimax stellt ein Gigantenkonzert dar, dessen Bühne Sir Paul beehren wird. Liverpool hat sich stets als Schmelzpunkt junger Kunst verstanden, und diese Auffassung der eigenwilligen "Scousers" (scouse = der Liverpoolsche Dialekt) geht weit über jene als Heimat der Beatles hinaus. Die Hafenstadt hat nie versäumt, in die Kultur zu investieren, auch während der Zeiten großer sozialer und pekuniärer Probleme.

Musiconomy

Einst stieg die Stadt am River Mersey dank des Handels mit afrikanischen Sklaven zur bedeutendsten Hafenstadt des Königreichs

auf. Als 1807 das britische Parlament den Sklavenhandel verbot, sattelte die Stadt auf Textilhandel um, der die industrielle Revolution ankurbelte.

Erst in den frühen 1950-er Jahren wurde Liverpool zum Synonym für Strukturprobleme und die Krise der Arbeiterschaft. Erst wanderten die Jobs ab, dann die Werften, schließlich starb die Industrie im Umland. Einen wesentlichen Anteil daran, dass ein Aufschwung in den 1990-er Jahren stattfand, hatte die kulturelle Seite der Popmetropole. Nicht nur, dass durch sie Touristen Geld in die Stadt brachten, auch die Wirtschaft ließ sich wieder anlocken - ebenso der Status der Kulturhauptstadt. Die nach London zweitgrößte Kulturstadt der Insel hofft, 2008 mit zusätzlichen 2 Millionen Besuchern ihre Haushaltslücke von über 30 Millionen Euro zu schließen. Was lange in Erinnerung bleiben soll, kostet eben Geld und Nerven.

Offenbar sind die Scousers dagegen aber immun, ihre Coolness macht den Briten alle Ehre. Das kosmopolitisch angehauchte Volk, dessen Dialekt außerhalb der Stadt kaum noch verstanden wird, ist einerseits stolz auf seine Geschichte und kulturelle Vielfalt, andererseits gibt es sich gern indifferent und macht sich über das Kulturjahr lustig. Doch

Liverpool, wo Arbeiterklischees omnipräsent sind, kann dennoch seine Freude nicht verbergen.

Norwegen ist verlegen

Da hat es das norwegische Stavanger, ebenfalls Kulturhauptstadt 2008, um einiges schwerer, seine Bewohner mitzureißen. Nicht nur, dass die Öl- und Gasmetropole ein weit kleineres Budget veranschlagt hat, sie kann auch nicht mit großen Namen aufwarten. Der Fokus liegt auf unbekanntem Künstlern und starkem regionalen Bezug. Stavanger wird etwa 120 Events veranstalten, darunter Aufführungen von Puppenspielern, Präsentationen künstlerischer Landschaftsgestaltung und Blechblas-Meisterschaften. Diese Pläne haben die Skepsis der EU-kritischen Einwohner kaum schwinden lassen. Es ist also vorherzusehen, dass die Augen Europas eher auf das sich zelebrierende Liverpool gerichtet sein werden. Denn hier ist der Beat unschlagbar. <<

Nur ein Spiel?

Vom 3. bis 7. August 2008 findet die 14. VIMUN in der Wiener UNO-City statt. Aus aller Welt verhandeln Jugendliche und Studierende in Wien, sammeln praktische Eindrücke und tauschen persönliche Erfahrungen aus. **Text** Robert K. Albrecht

Volle Konferenzsäle, in denen fieberhaft verhandelt wird. Eine hitzige Debatte jagt die nächste. Es wird an Resolutionen getüftelt und immer wieder abgestimmt. Alles in allem ein ganz normaler Tag in der Wiener UNO-City, allerdings mit so mancher Besonderheit. Die USA vertreten China im UN-Sicherheitsrat, der Iran vertritt Großbritannien in der IAEA. Kaum zu glauben, aber dennoch wahr. Nicht unbedingt das, was man bei einer normalen UN-Sitzung erwarten würde. Kaum etwas, das unwahrscheinlicher oder besser gesagt unmöglicher sein könnte. "Unmöglich" ist allerdings ein sehr relativer Begriff, zumindest wenn es um die Vienna International Model United Nations (VIMUN) geht.

VIMUN-Tradition seit 1995

Seit 1995 haben Jugendliche, Studierende und Jungakademiker aus aller Welt die Möglichkeit, auch in Wien an einer Model-UN teilzunehmen und dabei ein Land ihrer Wahl zu vertreten. Da es nie das eigene sein darf, kann es immer mal wieder zu so exotischen Konstellationen wie den genannten kommen. Aber genau das macht ja schließlich den Reiz an der Geschichte aus. Verhandlungen sind eine Sache, eine andere ist es aber, sich dabei in die Position eines fremden Staates zu versetzen und sich dessen Standpunkte zueigen zu machen. Eine schwierige Aufgabe, der sich Jahr für Jahr junge Menschen aus über vierzig Nationen stellen. MUNs gibt es bekanntlich viele, aber an kaum einem anderen Ort der Welt trifft eine starke historische Tradition auf den modernen Wunsch, eine interessante, lehrreiche, aber auch völkerverbindende Erfahrung zu

bieten. Als Österreicher wird der internationale Status Wiens oft nicht gesehen oder unterschätzt, obwohl gerade Wien diesbezüglich mit einer gewissen historischen Tradition aufwarten kann, die bis zum Wiener Kongress von 1815 und der damit verbundenen Neuordnung Europas nach Napoleon zurückgeht. Besonders der UN-Standort hat maßgeblich dazu beigetragen die Stadt zu einem internationalen Zentrum zu machen. Wie gesagt, MUNs gibt es viele. Wirkliche Authentizität dagegen nur selten. Diplomaten spielen oder Diplomat sein, in den Sitzungssälen der Wiener UNO-City verschwimmen diese Grenzen für einige Tage.

Praktische Erfahrungen und persönliches Miteinander

Diskutieren, verhandeln, praktische Erfahrungen sammeln, einige Tage lang einen Alltag erleben, der später einmal zum eigenen Berufsalltag werden könnte, daneben aber auch Freundschaften und persönliche Beziehungen knüpfen. Besonders Letzteres lässt sich treffend mit "Der Kongress tanzt" umschreiben. Ebenso wie beim Wiener Kongress wird am Tage verhandelt, am Abend dagegen gefeiert, sei es im Wiener Rathaus oder beim traditionellen VIMUN-Clubbing. Obgleich der moderne Begriff "Networking" zu Zeiten des Wiener Kongresses noch eher unbekannt gewesen sein dürfte, hat er zweifellos eine ebenso wichtige Rolle wie heute gespielt. Daher findet er auch Eingang in das Gesamtkonstrukt VIMUN. 250 Delegierte, vierzig Nationen, schwierige Problemstellungen, anspruchsvolle und oft harte Verhandlungen, nicht zuletzt aber auch privates Miteinander und damit die Chance zum

VIMUN 2008 Committees & Themen:

- Security Council (SC): Decision on an urgent crisis
- Human Rights Council (HRC): Civil and Political Rights in Pakistan
- UNIDO: Trade as a Source of Economic Growth and Regional Development: The Case of Sub-Saharan Africa
- IAEA: Discussion on Iran's Civil Nuclear Program
- Commission on Narcotic Drugs (CND): "Discussing Measures to Prevent Unintended Effects of the Worldwide Activities of the Drug Control Regimes"
- International Court of Justice (ICJ): "Unsettled Border Disputes in the Arctic: The Hans Island - Case"

Kontakt:

Akademisches Forum für Außenpolitik - United Nations Youth and Student Association of Austria
 Generalsekretär Robert K. Albrecht
 A-1010 WIEN, Johannesg. 2/2/32
 E-Mail: vimun@afa.at
 Internet: <http://www.vimun.at>
<http://afa.at>

persönlichen Erfahrungsaustausch. Manchmal könnte man fast vergessen, dass es sich bei aller Ernsthaftigkeit, mit der verhandelt wird, bei all dem Einsatz mit dem eigene Positionen vertreten werden, letztlich doch nur um eine Simulation handelt. Ist die VIMUN nur ein Spiel? Vielleicht. Aber auf jeden Fall eines, das man spielen sollte. <<



UNO schnuppern

Wie man lernt, dass Kofi Annan nicht Morgan Freeman ist.

Text Irina J. Beikert

UNO macht Schule" nennt sich ein Projekt des AFA. Seit 2001 halten Mitglieder des AFA an Schulen Vorträge über die Vereinten Nationen. Keine leichte Aufgabe.

Man muss sie mal erleben, die Schüler, die orientierungslos in der Wiener UNO-City vor dem Bild des ehemaligen Generalsekretärs stehen und auf die Frage, wer das denn sei, im Chor "Morgan Freeman" schreien - dann wird klar, dass sie wohl über die UNO bisher noch nichts in der Schule gelernt haben. Höchstens, dass die UNO die Nachfolgeorganisation des Völkerbundes ist und aus den Lehren des zweiten Weltkrieges entstanden ist. Aufgaben, Struktur, Kompetenz? - Fehlanzeige!

Sowohl in der AHS-Unter- als auch in der Oberstufe stehen die Vereinten Nationen, Militär- und Wirtschaftsbündnisse, Weltwirtschaftsorganisationen, die OSZE, aktuelle Konflikte, Formen nationaler und internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik im

Lehrplan. Befragt man jedoch Schüler, wird deutlich, dass diese Inhalte nur am Rande vermittelt werden können. Daher sehen wir es als unsere Aufgabe, diese Leerstelle, wenn auch nur ansatzweise, zu füllen.

Der Vortrag, anhand einer Powerpoint-Präsentation, liefert das nötige Wissen: vom Aufbau des Sicherheitsrates über die Generalversammlung hin zum Wirtschafts- und Sozialrat und dessen unterstellten Organe. Dabei ist es gar nicht einfach, die komplexe Struktur schülergerecht zu vermitteln. Wie hängt noch mal die Weltbank mit der UNO zusammen? Welche Konsequenz haben die verabschiedeten Resolutionen? Und was macht eigentlich der Generalsekretär? Wieso können die Vetomächte Entscheidungen blockieren? Ach, und was war noch mal der Treuhänder? - Alles Fragen, die die Schüler beantwortet wissen möchten.

Also versuchen wir, in 45 Minuten den jungen Staatsbürgern einen Einblick zu ermögli-

chen und das Interesse für die UNO zu wecken. Umweltschutz, Entwicklungshilfe und Menschenrechte sind bewegende Themen und man merkt, dass die Jugend sich damit auseinandersetzt, aber ein globaler Rahmen fehlt, um diese Bemühungen einschätzen zu können.

Viele sind begeistert und wollen noch mehr wissen, daher bieten wir auch an, weitere Schulprojekte zu unterstützen - wie Podiumsdiskussionen oder Führungen durch die Wiener UNO-City zu organisieren. Für besonders engagierte Schüler gibt es auch die Möglichkeit, an der Vienna International Model United Nations (VIMUN) teilzunehmen, um zu erleben, wie sich "echte" praktische Diplomatie anfühlt und zu erfahren, dass gelebte Demokratie von unten, nicht von oben kommt.

Kontakt: Markus Aichberger, schulen@afa.at

Die Vienna Insurance Group, Österreichs größte Versicherungsgruppe in Zentral- und Osteuropa, hat die Chancen in den Wachstumsmärkten Europas gesehen und genutzt.



Mehr Infos unter www.wienerstaedtiche.at

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

WIENER
STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

Celebrating the 17th Founding Day of AFA at Molly Darcy's Irish Pub in Vienna, 22.01.2008



Representation of Austria at a conference of the Asia-Europe-Foundation (ASEF) in Seoul, Korea 24.01.2008 - 15.02.2008



2nd Vienna International Historic Model United Nations (HISTOMUN) at the Diplomatic Academy in Vienna, 09.03.2008 - 13.03.2008



Participation at the Vienna Forum to Fight Human Trafficking at the Austria Center Vienna, 13.02.2008 - 15.02.2008



**ACHTEN SIE BEI
DER WAHL IHRER BANK
AUF DIE ENTSCHEIDENDE
HANDBEWEGUNG.**

Die neue Bank.
Die neue BAWAG.



EINE MARKE DER BAWAG PSK